

### Zunahme der Ausländerfeindlichkeit? Einstellungen zu Fremden in Deutschland und Europa

Wiegand, Erich

Veröffentlichungsversion / Published Version  
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:  
GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Wiegand, E. (1992). Zunahme der Ausländerfeindlichkeit? Einstellungen zu Fremden in Deutschland und Europa. *ZUMA Nachrichten*, 16(31), 7-28. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-209649>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

#### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

# ZUNAHME DER AUSLÄNDERFEINDLICHKEIT?

Einstellungen zu Fremden in Deutschland und Europa

*Erich Wiegand*

Seit ungefähr zwei Jahren haben in Deutschland die gewalttätigen Übergriffe gegen Ausländer erheblich zugenommen. Die Vorkommnisse in Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen bilden dabei nur die Spitze eines Eisbergs. Betroffen sind in erster Linie Asylbewerber, aber auch andere Ausländergruppen. Die deutsche Bevölkerung hat auf diese extreme Form der Ausländerfeindlichkeit mit Ablehnung, zum Teil aber auch mit unverhohlener Zustimmung reagiert. Daraus ergeben sich drei Fragestellungen, die im folgenden auf der Grundlage verschiedener Umfragen beantwortet werden sollen.

Erstens wird der Frage nachgegangen, ob die gewalttätigen Übergriffe mit einer allgemeinen Zunahme der Ausländerfeindlichkeit in der deutschen Bevölkerung korrespondieren. Zweitens werden die Einstellungen zu Fremden in Ost- und Westdeutschland miteinander verglichen. Und drittens werden die Einstellungen in Deutschland im europäischen Vergleich betrachtet. Als Datenquellen standen dazu die Wohlfahrtssurveys des ehemaligen Sonderforschungsbereichs 3 der Universitäten Frankfurt und Mannheim, die Allgemeinen Bevölkerungsumfragen der Sozialwissenschaften, die Umfragen des Instituts für praxisorientierte Sozialforschung (Mannheim) über die Einstellungen zu den aktuellen Fragen der Innenpolitik sowie die EUROBAROMETER zur Verfügung.

Der vorliegende Beitrag hat nicht den Anspruch, die verschiedenen Einstellungen zu Fremden erklären zu wollen. Er verfolgt vielmehr ein bescheideneres Ziel: Im Sinne der gesellschaftlichen Dauerbeobachtung und Sozialberichterstattung soll ein aktuelles gesellschaftliches Problem dargestellt und politischer Handlungsbedarf aufgezeigt werden.

## 1. Wahrnehmung von Konflikten zwischen Gastarbeitern und Deutschen

In den Wohlfahrtssurveys wird die subjektive Wahrnehmung verschiedener sozialer Konfliktlinien erhoben und dabei auch nach der Stärke der Konflikte zwischen Gastarbeitern und Deutschen gefragt. Allerdings kann aus der Wahrnehmung dieser Konflikte nicht unmittelbar auf die Einstellung zu Ausländern geschlossen werden. Im Jahr 1978 nahmen 15 Prozent der Befragten sehr starke Konflikte zwischen Gastarbeitern und Deutschen wahr. Dieser Anteil ist dann im Zeitverlauf bis auf 19 Prozent im Jahr 1988 gestiegen. Deutlich zurückgegangen ist im gleichen Zeitraum mit 45 Prozent im Jahr 1978 und 36 Prozent im Jahr 1988 der Anteil der Befragten, die eher schwache oder keine Konflikte wahrnehmen. Im Ost-West-Vergleich zeigt sich, daß 1990 die Konflikte zwischen Ausländern und Deutschen in den neuen Bundesländern polarisierter wahrgenommen wurden als im früheren Bundesgebiet. In der ehemaligen DDR wurde sowohl die Kategorie "sehr starke Konflikte" als auch die Kategorie "eher schwache oder keine Konflikte" häufiger genannt.

## 2. Ablehnung und Zustimmung diskriminierender Aussagen

Angemessener als durch die Wahrnehmung der Konfliktstärke kann die persönliche Einstellung zu Ausländern durch die Ablehnung oder Zustimmung bei Ausländer diskriminierenden Aussagen gemessen werden. Im ALLBUS wurde gefragt, ob Gastarbeiter ihren Lebensstil ein bißchen besser an den der Deutschen anpassen sollten, ob sie in ihre Heimat zurückgeschickt werden sollten, wenn Arbeitsplätze knapp werden, ob ihnen jede politische Betätigung in Deutschland untersagt sein sollte und ob sie sich ihre Ehepartner unter ihren eigenen Landsleuten auswählen sollten.

Generell ist festzustellen, daß bei allen vier Statements im Zeitverlauf die Zustimmung zurückgeht und die Ablehnung steigt. Am entschiedensten abgelehnt wird die Aussage, daß Gastarbeiter sich ihre Ehepartner unter den eigenen Landsleuten auswählen sollten. Die größte Zustimmung findet dagegen die am wenigsten diskriminierende Aussage, Gastarbeiter sollten ihren Lebensstil ein bißchen besser an den der Deutschen anpassen. Das ist auch das einzige Statement, bei dem selbst noch im Jahr 1990 die Zustimmung überwiegt. Bei den drei anderen Aussagen hat sich zwischen 1980 und 1988 das Verhältnis zwischen Zustimmung und Ablehnung jeweils zugunsten der Ablehnung verändert.

### 3. Beurteilung ausländerfeindlichen Verhaltens

Im Jahr 1990 wurde im ALLBUS auch die Beurteilung eines konkreten ausländerfeindlichen Verhaltens erhoben. Die Befragten sollten angeben, ob sie es als sehr schlimm, ziemlich schlimm, weniger schlimm oder überhaupt nicht schlimm empfinden, wenn ein Gastwirt sich weigert, in seinem Lokal Ausländer zu bedienen. Insgesamt beurteilte jeder zweite dieses Verhalten als sehr schlimm, 35 Prozent bezeichneten es als ziemlich schlimm und 15 Prozent als weniger oder überhaupt nicht schlimm. Je jünger die Befragten sind und je höher ihre Schulbildung ist, desto eher wird die Weigerung eines Gastwirts, in seinem Lokal Ausländer zu bedienen, als sehr schlimm eingestuft.

### 4. Gesellschaftlicher und ökonomischer "Nutzen" der Gastarbeiter

In den sechziger Jahren hat die Bundesrepublik ausländische Arbeitnehmer gezielt angeworben, um den Arbeitskräftebedarf der westdeutschen Wirtschaft decken zu können. Im Jahr 1973 wurde dann durch einen Anwerbestopp der veränderten Wirtschaftslage Rechnung getragen und die Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte weitgehend unterbunden. Gleichwohl sind auch heute noch die in der Bundesrepublik lebenden und arbeitenden Ausländer für ein kontinuierliches Wirtschaftswachstum unverzichtbar. Daß die Anwesenheit der Gastarbeiter für die Bundesrepublik eindeutig oder zumindest eher von Vorteil sei, das meinte im Jahr 1990 fast die Hälfte der Befragten. Dagegen sagten 19 Prozent, ihre Anwesenheit sei eher oder eindeutig von Nachteil. Ein Drittel sah darin weder Vorteile noch Nachteile.

In der IPOS-Umfrage über die Einstellungen zu den aktuellen Fragen der Innenpolitik 1992 gaben sogar zwei Drittel der westdeutschen Befragten auf die entsprechende Frage an, daß nach ihrer Meinung die deutsche Wirtschaft ausländische Arbeitskräfte braucht. Ein knappes Drittel meint, sie würden nicht gebraucht. Dagegen waren in Ostdeutschland nur 34 Prozent der Ansicht, daß ausländische Arbeitskräfte gebraucht würden, aber 64 Prozent der Befragten meinten, die deutsche Wirtschaft brauche keine ausländischen Arbeitskräfte.

## 5. Einstellungen zum Zuzug verschiedener Ausländergruppen

Im ALLBUS wird seit 1990 auch gefragt, ob der Zuzug verschiedener Ausländergruppen in die Bundesrepublik Deutschland jeweils uneingeschränkt möglich sein, begrenzt werden oder völlig unterbunden werden sollte. Im einzelnen wird nach den individuell präferierten Zuzugsmöglichkeiten von Arbeitnehmern aus EG-Staaten und aus Nicht-EG-Staaten sowie Asylsuchenden gefragt. Im Hinblick auf die grundlegende persönliche Einstellung zu Fremden sind die beiden extremen Meinungen, daß der Zuzug uneingeschränkt möglich sein bzw. völlig unterbunden werden sollte, von größerem Interesse als die Antwortvorgabe, daß der Zuzug begrenzt werden sollte. Hierbei handelt es sich, zumindest angesichts der gegenwärtigen Migrationsbewegungen, um eine ausgesprochen pragmatische Position.

Im Jahr 1990 waren die Befragten bei den Zuzugsmöglichkeiten von Arbeitnehmern aus EG-Staaten wesentlich freizügiger eingestellt als bei den von Arbeitnehmern aus Nicht-EG-Staaten und Asylsuchenden. Das zeigt sich sowohl in einem wesentlich höheren Anteil, der uneingeschränkte Zuzugsmöglichkeiten präferiert, als auch in einem deutlich niedrigeren Anteil, der sich eine völlige Unterbindung des Zuzugs wünscht. Mit 41 Prozent befürworteten Männer uneingeschränkte Zuzugsmöglichkeiten von Arbeitnehmern aus EG-Staaten wesentlich häufiger als Frauen mit 27 Prozent. Dagegen unterscheiden sich bei den individuellen Präferenzen für uneingeschränkte Zuzugsmöglichkeiten von Arbeitnehmern aus Nicht-EG-Staaten sowie Asylsuchenden die Geschlechter kaum voneinander. Die Einflüsse von Alter und Schulbildung der Befragten sind wesentlich deutlicher ausgeprägt als der Einfluß des Geschlechts. Je jünger die Befragten sind und je höher ihre Schulbildung ist, desto freizügiger sind sie gegenüber den Zuzugsmöglichkeiten der verschiedenen Gruppen eingestellt.

Im Jahr 1991 wurde der ALLBUS auf die neuen Bundesländer ausgedehnt und dadurch auch ein Ost-West-Vergleich der Meinungen zum Zuzug verschiedener Ausländergruppen möglich. Die Ergebnisse dieses Vergleichs zeigen, daß es unzulässig ist, von einer generell größeren Fremdenfeindlichkeit im Osten Deutschlands zu sprechen. In den neuen Bundesländern befürwortete ein jeweils geringerer Anteil uneingeschränkte Zuzugsmöglichkeiten von Arbeitnehmern aus EG- sowie Nicht-EG-Ländern und ein jeweils höherer Anteil war für die völlige Unterbindung des Zuzugs dieser beiden Gruppen. Dieses Ergebnis ist hauptsächlich auf zwei Gründe zurückzuführen: Erstens dürfte im Osten Deutschlands die Kenntnis über die Freizügigkeit des Aufenthalts von

EG-Ausländern weniger verbreitet sein als im Westen. Und zweitens werden ausländische Arbeitnehmer in den neuen Bundesländern - bedingt durch den desolaten Zustand der ostdeutschen Wirtschaft - in stärkerem Maße als Konkurrenten um die knappen Arbeitsplätze angesehen.

Bei den Zuzugsmöglichkeiten von Asylsuchenden sieht das Ergebnis des innerdeutschen Vergleichs jedoch anders aus. Zumindest die extrem ablehnende Einstellung war 1991 im Osten Deutschlands weniger häufig anzutreffen als im früheren Bundesgebiet. Interessant bei diesem Ost-West-Vergleich ist auch die Tatsache, daß die Altersgruppen- und Bildungsunterschiede im Osten weniger stark ausgeprägt sind.

Auch die Ergebnisse des ALLBUS 1992, der in den Monaten Mai und Juni - also nach Hoyerswerda aber noch vor Rostock-Lichtenhagen - durchgeführt wurde, weisen nicht auf eine höhere Ausländerfeindlichkeit im Osten Deutschlands hin. Im Vergleich zu 1991 hat sich das Niveau der Befürwortung und der Ablehnung des Zuzugs der verschiedenen Ausländergruppen in beiden Teilen Deutschlands insgesamt nur unwesentlich verändert. Ein Einzelergebnis ist von besonderem Interesse: Der Zusammenhang zwischen dem Alter der Befragten und ihrer Meinung zu den Zuzugsmöglichkeiten von Asylsuchenden ist im Westen zu beiden Befragungszeitpunkten vergleichsweise stark ausgeprägt. Dagegen war er im Osten Deutschlands 1991 - wie schon erwähnt - nur schwach sichtbar. Und 1992 hat sich dann die Richtung des Zusammenhangs bei der Meinung, der Zuzug von Asylsuchenden solle völlig unterbunden werden, umgekehrt. Es sind nun nicht mehr die älteren Befragten von 60 und mehr Jahren, sondern die 18 bis 34jährigen, die diese Meinung am häufigsten äußern. Dieses Ergebnis mag ein Indiz dafür sein, daß in den neuen Bundesländern fremdenfeindliche Einstellungen bei Jugendlichen, die in allgemeinen Bevölkerungsumfragen noch nicht erfaßt werden, relativ weit verbreitet sind.

## 6. Einstellungen zum Asylrecht und zur asylrechtlichen Praxis

Diese Ergebnisse aus dem ALLBUS sind überraschend, da sie der täglichen Berichterstattung in den Medien widersprechen, weshalb sie durch einen Vergleich mit den IPOS-Daten validiert werden sollen. Die Umfragen über die Einstellungen zu aktuellen Fragen der Innenpolitik ermöglichen einen innerdeutschen Vergleich seit dem Jahr 1990. Dabei zeigt sich auch bei diesen Umfragen im Osten eine positivere Einstellung zu dem grundlegenden Recht von Ausländern auf Asyl in der Bundesrepublik. Im Jahr 1990 lagen die Befragtenanteile, die das Asylrecht "gut finden" in beiden Teilen Deutschlands mit je-

weils 70 Prozent noch gleichauf. Der Anteil, der das Asylrecht "nicht gut findet", war jedoch in Westdeutschland mit 30 gegenüber 17 Prozent deutlich höher.

Bis zum Jahr 1992 nahm im Westen Deutschlands die positive Einstellung zum Asylrecht um vier Prozentpunkte zu und die negative Einstellung um den gleichen Betrag ab. In den neuen Bundesländern dagegen war mit Befragtenanteilen von 79 Prozent im Jahr 1991 und 84 Prozent im Jahr 1992 eine wesentlich stärkere Zunahme der positiven Einstellung zu verzeichnen. Das Ausmaß der negativen Einstellung zum Asylrecht von Ausländern blieb in Ostdeutschland zwischen 1990 und 1992 nahezu unverändert.

Bei der Frage nach der Zahl politisch Verfolgter, die aufgenommen werden sollte, zeigten 1991 die Befragten im Osten Deutschlands eine pragmatischere Haltung. Mehr als zwei Drittel - und damit deutlich mehr als im Westen - gaben an, es solle nur eine begrenzte Zahl pro Jahr aufgenommen werden. Dagegen lagen im Osten die Anteile der Befragten, die grundsätzlich jeden bzw. niemanden aufnehmen wollten, jeweils unter den entsprechenden Anteilen in Westdeutschland. Bis zum Jahr 1992 haben sich diese Unterschiede der Einstellungsmuster zur Aufnahme politisch Verfolgter in beiden Teilen Deutschlands weitgehend eingeebnet. Geblieben ist ein etwas toleranteres Klima in den neuen Bundesländern.

Auf die Frage unter welchen Umständen rechtskräftig abgelehnte Asylbewerber in ihre Heimatländer zurückgeschickt werden sollten, zeigten 1991 die Befragten im Beitrittsgebiet eine humanere Einstellung. Im Westen Deutschlands wollte mehr als ein Drittel der Befragten abgelehnte Asylbewerber grundsätzlich in ihre Heimatländer zurückschicken, 60 Prozent würden dies nur tun, wenn ihnen dort keine besonderen Gefahren drohen. Im Osten dagegen lag der Anteil der "hardliner" mit 23 Prozent vergleichsweise niedrig. Fast drei Viertel befürworteten eine Ausweisung nur, wenn sie ohne besondere Gefahren möglich wäre. Auch bei dieser Frage haben sich bis 1992 die Unterschiede zwischen den Befragten in beiden Teilen Deutschlands erheblich verringert. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, daß der Anteil, der abgelehnte Asylbewerber grundsätzlich in ihre Heimatländer zurückschicken will, im Osten mit zwölf Prozentpunkten doppelt so stark gestiegen ist wie im Westen.

Eine wichtige Ursache für die Zunahme der restriktiven Einstellung zum Verbleib abgelehnter Asylbewerber stellt die Tatsache dar, daß 1992 circa drei Viertel der Befragten im Westen und Osten Deutschlands die Meinung vertre-

ten, das Asylrecht würde mißbraucht. Darüber hinaus hält mit 68 Prozent im früheren Bundesgebiet und 75 Prozent in den neuen Bundesländern jeweils die Mehrheit der Befragten eine dementsprechende Änderung des Grundgesetzes für notwendig.

## 7. Einstellungen zu Fremden im europäischen Vergleich

Die gewalttätigen Übergriffe gegen Ausländer sind auch im Ausland aufmerksam wahrgenommen worden und haben zum Teil alte Ressentiments wieder aufleben lassen. Allein schon aus diesem Grund ist ein Vergleich der Einstellungen zu Fremden in Deutschland mit den in anderen europäischen Ländern vorherrschenden Meinungen von Interesse. Dieser Vergleich soll im folgenden auf der Grundlage der EUROBAROMETER vorgenommen werden.

Im Durchschnitt aller Länder der Europäischen Gemeinschaft war sowohl 1991 als auch 1992 genau die Hälfte aller Befragten der Ansicht, daß in ihrem Land zu viele Menschen leben, die nicht Staatsbürger eines Landes der Europäischen Gemeinschaft sind. Dagegen gaben circa ein Drittel an, daß es zwar viele, aber nicht zu viele seien. Ordnet man die Länder nach dem Anteil der Befragten, der die Zahl der Ausländer als zu hoch empfindet, dann liegt Westdeutschland zu beiden Zeitpunkten mit 58 bzw. 57 Prozent auf dem vorletzten Platz. Allerdings weist die frühere Bundesrepublik auch - wenn man Luxemburg einmal außer acht läßt - nach Belgien den zweithöchsten ausländischen Bevölkerungsanteil auf. Mit 45 Prozent ist in den neuen Bundesländern der Anteil der Befragten, die der Meinung sind, es lebten zu viele Ausländer im eigenen Land, um fünf Prozentpunkte niedriger als der EG-Durchschnitt. Allerdings ist der Ausländeranteil an der Bevölkerung Ostdeutschlands auch vergleichsweise niedrig.

Auch bei zwei Fragen, ob im Alltag die Anwesenheit von Menschen anderer Nationalität bzw. Rasse störend oder nicht störend sei, belegt Westdeutschland nur einen wenig toleranten vorletzten bzw. drittletzten Platz. Und auch in Ostdeutschland liegt der Anteil der Befragten, die deren Anwesenheit als nicht störend empfinden, jeweils knapp unter dem EG-Durchschnitt.



## 8. Einstellungen zur Aufnahme von Nicht-EG-Ausländern

Auf einem vergleichsweise günstigen Mittelplatz in der Länderrangordnung liegt die frühere Bundesrepublik bei der Frage nach der Aufnahme von Menschen aus dem südlichen Mittelmeerraum, die in der Europäischen Gemeinschaft arbeiten wollen. Hier schlagen die langjährigen guten Erfahrungen mit der Anwesenheit ausländischer Arbeitnehmer positiv zu Buche. Bei der ost-deutschen Bevölkerung dagegen wird die Toleranz gegenüber dieser Ausländergruppe wahrscheinlich durch die Wahrnehmung einer stärkeren Konkurrenz um knappe Arbeitsplätze gemindert. Dieser Tatbestand würde auch die eindeutige Zunahme der Intoleranz zwischen 1991 und 1992 erklären, während sich in Westdeutschland die Einstellungen zur Aufnahme von Menschen aus dem südlichen Mittelmeerraum in diesem Zeitraum nicht verschlechtert, sondern eher polarisiert haben.

Eher polarisiert als verschlechtert haben sich in Westdeutschland auch die Einstellungen zur Aufnahme von Menschen aus osteuropäischen Ländern. Dagegen nahm in den neuen Bundesländern auch die Ablehnung dieser Ausländergruppe eindeutig zu, d.h. der Befragtenanteil, der diese Menschen ohne Einschränkungen aufnehmen würde, ist von elf auf neun Prozent gesunken und der Anteil, der sie nicht aufnehmen würde, von 23 auf 28 Prozent gestiegen.

Auch bei den Einstellungen zur Aufnahme von Menschen, die um politisches Asyl bitten, rangiert Westdeutschland zu beiden Zeitpunkten nur im unteren Drittel der Länderrangordnung. Die neuen Bundesländer dagegen verbesserten sich zwischen 1991 und 1992 vom vierten auf den zweiten Platz. Vergleicht man diese Ergebnisse der EUROBAROMETER mit den entsprechenden Daten des ALLBUS, dann werden einige gravierende Unterschiede sichtbar, die hier nicht geklärt werden können, aber auch nicht unerwähnt bleiben sollen: Erstens zeigen die EUROBAROMETER in beiden Teilen Deutschlands eher eine Zunahme der Toleranz gegenüber dem Zuzug von Asylbewerbern; während die ALLBUS-Daten jeweils auf eine leichte Abnahme hinweisen. Zweitens ist in den EUROBAROMETERN zu beiden Zeitpunkten ein wesentlich stärkerer Ost-West-Unterschied festzustellen als im ALLBUS. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, daß drittens der Anteil der Befragten, die Asylbewerber ohne Einschränkungen aufnehmen würden, in den EUROBAROMETERN im Osten Deutschlands mit 32 bzw. 36 Prozent jeweils mehr als doppelt so hoch ausgewiesen wird als der entsprechende Anteil im ALLBUS.

## 9. Einstellungen zu den Rechten von Ausländern

So wie die subjektiven Einstellungen zur Zahl der im Land lebenden Ausländer nicht unabhängig von der Größe des ausländischen Bevölkerungsanteils sind, so beeinflusst das jeweils geltende Ausländerrecht auch die Einstellungen zu den Rechten der im Land lebenden Ausländer. Auf die Frage nach den Rechten von Nicht-EG-Ausländern haben 1991 in Westdeutschland 12 Prozent der Befragten angegeben, sie sollten ausgeweitet werden und 39 Prozent waren dafür sie einzuschränken. Während der Befragtenanteil, der eine Ausweitung befürwortete, konstant blieb, stieg 1992 der Anteil der Befragten, der eine Einschränkung wünscht, auf 43 Prozent. In den neuen Bundesländern ging die Liberalität der Einstellungen zu den Rechten von in Deutschland lebenden Ausländern wesentlich deutlicher zurück. Gemessen am EG-Durchschnitt stellen sich die Einstellungen der Bevölkerung in beiden Teilen Deutschlands zu den Rechten von Nicht-EG-Ausländern vergleichsweise restriktiv dar.

Wesentlich konkreter als die Frage nach der Ausweitung oder Einschränkung der Rechte von Nicht-EG-Ausländern ist die Frage nach dem Kommunalwahlrecht von Ausländern aus den Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft. Zugleich trägt diese Frage dem Umstand Rechnung, daß sich EG-Ausländer im Vergleich zu Nicht-EG-Ausländern in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft in einer ungleich besseren Rechtsposition befinden und in aufenthalts- und arbeitsrechtlicher Hinsicht Inländern weitgehend gleichgestellt sind.

Im Jahr 1992 sind im EG-Durchschnitt die Anteile der Befragten, die sich für bzw. gegen ein Kommunalwahlrecht von Ausländern aussprechen, fast gleich groß. An der Spitze der EG-Länder steht Irland, wo zwei Drittel der Befragten dem Wahlrecht von Ausländern zustimmen. Das Schlußlicht in der Länder-rangordnung bildet Dänemark, wo lediglich ein Drittel dafür ist. Die frühere Bundesrepublik liegt hier wieder auf dem vorletzten Platz: nur 37 Prozent der Befragten sind für das Wahlrecht von Ausländern, mit 54 Prozent aber mehr als die Hälfte dagegen. Im Osten Deutschlands liegt die Zustimmung zum Wahlrecht von Ausländern über dem EG-Durchschnitt: 54 Prozent der Befragten in den neuen Bundesländern sind dafür und 41 Prozent dagegen.

## 10. Indizes der Akzeptanz und der Ablehnung von Fremden

Die Anteile der Befragten, die Menschen aus Ländern des südlichen Mittelmeerraumes, aus osteuropäischen Ländern und Menschen, die um politisches Asyl bitten, ohne Einschränkungen aufnehmen wollen sowie der Anteil, der die Rechte von Nicht-EG-Ausländern ausweiten will, können zu einem Index der Akzeptanz von Fremden zusammengefaßt werden. Auf die gleiche Weise kann durch Addition der jeweiligen Befragtenanteile, die diese Menschen nicht aufnehmen würden und des Anteils, der für eine Einschränkung der Rechte von Ausländern plädiert, ein Index der Ablehnung von Fremden konstruiert werden. Beide Indizes können theoretisch Werte zwischen Null und 400 annehmen. Im Durchschnitt aller Länder der Europäischen Gemeinschaft war 1991 mit einem Indexwert von 95 die Ablehnung von Fremden stärker ausgeprägt als die Akzeptanz, die einen Wert von 71 aufwies. Im Verlauf eines Jahres hat die Akzeptanz von Fremden leicht abgenommen, dagegen ist die Ablehnung zwischen 1991 und 1992 um acht Indexpunkte gestiegen.

Im Osten Deutschlands liegt 1991 der Index der Akzeptanz von Fremden mit einem Wert von 69 knapp unter dem durchschnittlichen Indexwert aller Länder der Europäischen Gemeinschaft und geht bis 1992 etwas stärker zurück als der EG-Durchschnitt. Allerdings nimmt auch der Index der Ablehnung von Fremden in Ostdeutschland etwas schwächer zu als im Durchschnitt aller EG-Länder. Im Westen Deutschlands weisen die beiden Indizes der Einstellung zu Fremden eine sowohl vom EG-Durchschnitt als auch von Ostdeutschland abweichende Entwicklung auf. Während sich im Durchschnitt aller Länder der Europäischen Gemeinschaft und in den neuen Bundesländern die Einstellungen zu Fremden zwischen 1991 und 1992 verschlechtert haben, fand in der früheren Bundesrepublik im gleichen Zeitraum eine Polarisierung der Einstellungen statt: sowohl die Indexwerte der Akzeptanz als auch der Ablehnung von Fremden sind gestiegen.

## 11. Zusammenfassung

Abschließend sollen die eingangs formulierten Fragen nochmals zusammenfassend beantwortet werden: Ohne Zweifel gibt es in Deutschland Ausländerfeindlichkeit, die bei den verschiedenen Bevölkerungsgruppen unterschiedlich stark ausgeprägt ist und einen politischen Handlungsbedarf erzeugt. Aber die Ergebnisse des ALLBUS haben gezeigt, daß in den achtziger Jahren kein zunehmend ausländerfeindliches Klima entstanden ist, sondern im Gegenteil die Einstellungen der deutschen Bevölkerung im Zeitverlauf toleranter geworden

sind. Auch in der jüngsten Vergangenheit konnte keine gravierende Zunahme der Ausländerfeindlichkeit festgestellt werden.

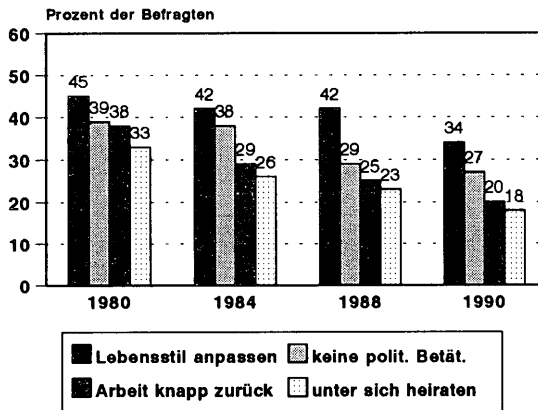
Die Ergebnisse verschiedener Umfragen belegen darüber hinaus, daß ausländerfeindliche Einstellungen in den neuen Bundesländern nicht generell stärker verbreitet sind. Zwar sind die Meinungen der ostdeutschen Bevölkerung zum Zuzug von ausländischen Arbeitnehmern restriktiver als im Westen, dafür stößt aber der Zuzug von Asylbewerbern - so unwahrscheinlich dies angesichts der zahlreichen Ausschreitungen auch klingen mag - auf ein höheres Maß an Toleranz. Bedenklich ist hier aber das Ausmaß der Ablehnung bei jüngeren Menschen.

Im europäischen Vergleich erweisen sich Spanien, Portugal, Italien und Irland als fremdenfreundlich eingestellte Länder, während die frühere Bundesrepublik zu den weniger tolerant eingestellten Ländern zählt. Im Osten Deutschlands stellt sich die Situation dagegen uneinheitlich dar. In verschiedenen Aspekten - beispielsweise bei der Aufnahme von Menschen, die um politisches Asyl bitten - sind die neuen Bundesländer wesentlich fremdenfreundlicher eingestellt als der Durchschnitt der EG-Länder. In anderen Aspekten wiederum - wie den Rechten von Nicht-EG-Ausländern - sind die Einstellungen der ostdeutschen Bevölkerung weniger tolerant als im EG-Durchschnitt.

## Literatur

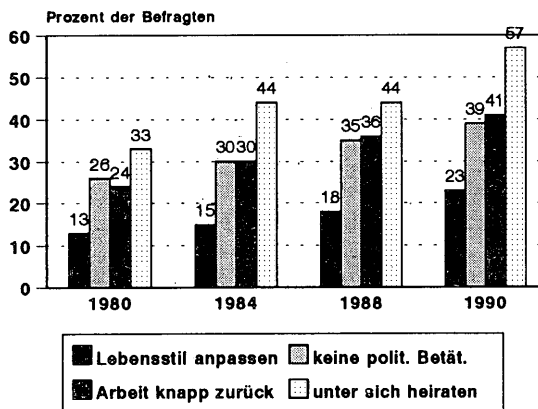
- Institut für praxisorientierte Sozialforschung: Einstellungen zu aktuellen Fragen der Innenpolitik 1988. Mannheim.
- Institut für praxisorientierte Sozialforschung: Einstellungen zu aktuellen Fragen der Innenpolitik 1990 in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR. Mannheim.
- Institut für praxisorientierte Sozialforschung: Einstellungen zu aktuellen Fragen der Innenpolitik 1991 in Deutschland. Mannheim.
- Institut für praxisorientierte Sozialforschung: Einstellungen zu aktuellen Fragen der Innenpolitik 1992 in Deutschland. Mannheim.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 1991: Eurobarometer Nr. 35. Brüssel.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 1992: Eurobarometer Nr. 37. Brüssel.
- Wiegand, E., 1992: Einstellungen zu Ausländern. S. 612-623 in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Datenreport 1992. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung. Band 309. Bonn.

## Zustimmung zu diskriminierenden Aussagen



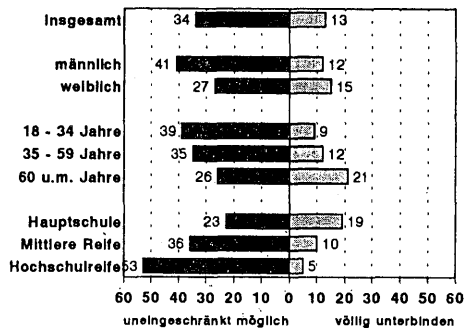
ALLBUS

## Ablehnung von diskriminierenden Aussagen



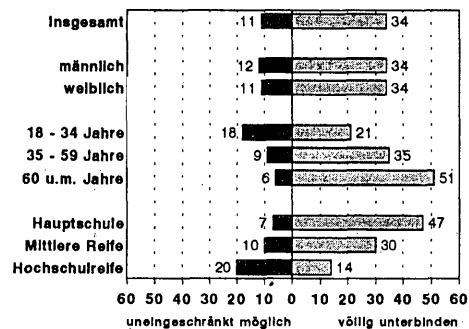
ALLBUS

### Zuzug von EG-Arbeitnehmern 1990



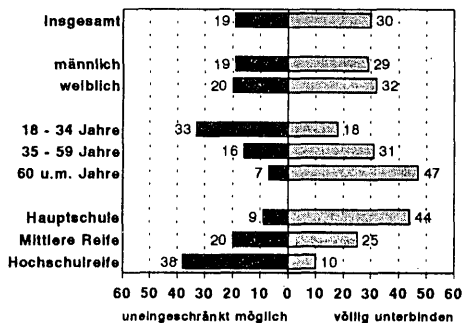
ALLBUS 1

### Zuzug von Nicht-EG-Arbeitnehmern 1990



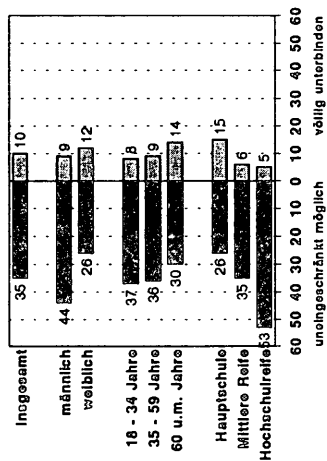
ALLBUS 1990

### Zuzug von Asylsuchenden 1990



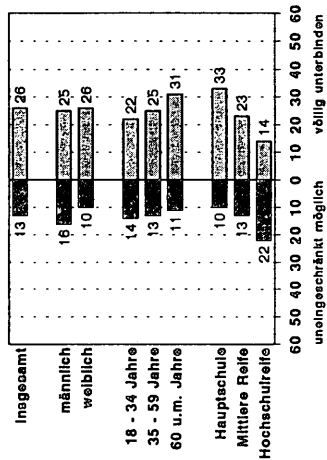
ALLBUS 1990

Zuzug von EG-Arbeitnehmern 1991-West



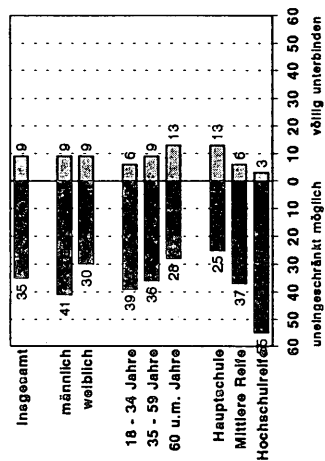
ALLBUS 1991

Zuzug von EG-Arbeitnehmern 1991-Ost



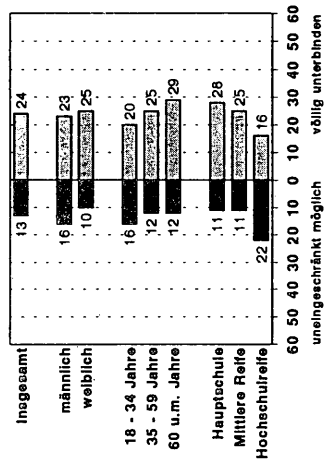
ALLBUS 1991

Zuzug von EG-Arbeitnehmern 1992-West



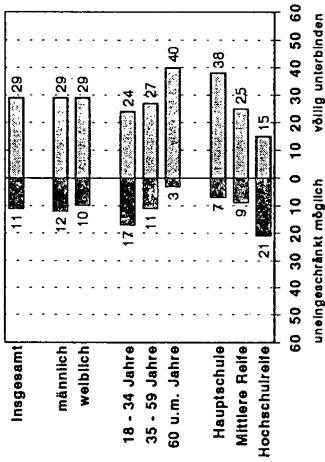
ALLBUS 1992

Zuzug von EG-Arbeitnehmern 1992-Ost



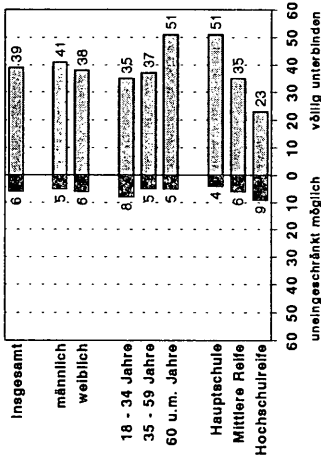
ALLBUS 1992

Zuzug von Nicht-EG-Arbeitnehm. 1991-West



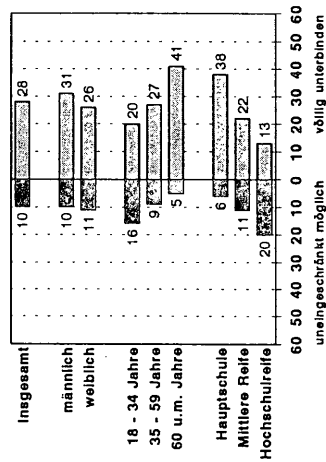
ALLBUS 1991

Zuzug von Nicht-EG-Arbeitnehm. 1991-Ost



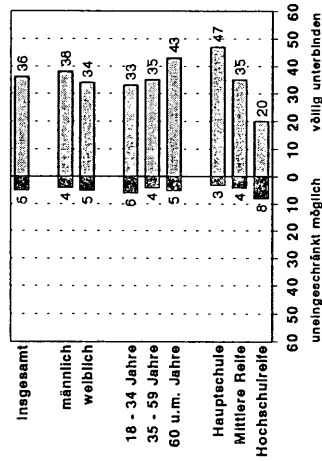
ALLBUS 1991

Zuzug von Nicht-EG-Arbeitnehm. 1992-West



ALLBUS 1992

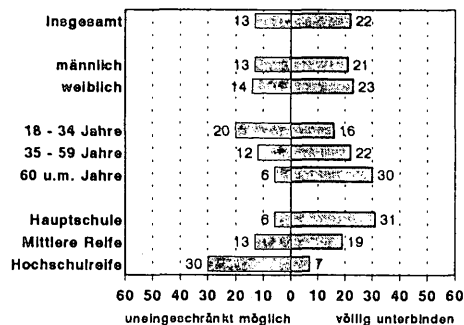
Zuzug von Nicht-EG-Arbeitnehm. 1992-Ost



ALLBUS 1992

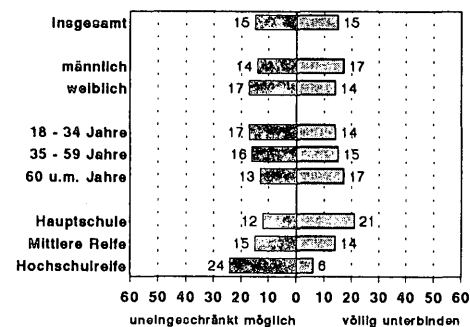


Zuzug von Asylsuchenden 1991-West



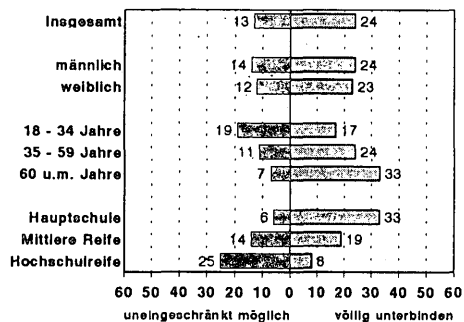
ALLBUS 1991

Zuzug von Asylsuchenden 1991-Ost



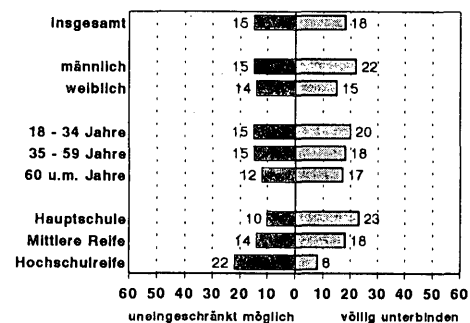
ALLBUS 1991

Zuzug von Asylsuchenden 1992-West



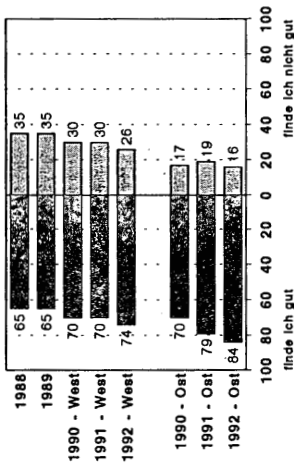
ALLBUS 1992

Zuzug von Asylsuchenden 1992-Ost



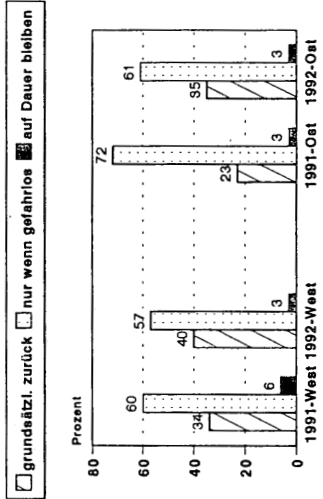
ALLBUS 1992

### Einstellungen zum Recht von Ausländern auf Asyl in der Bundesrepublik



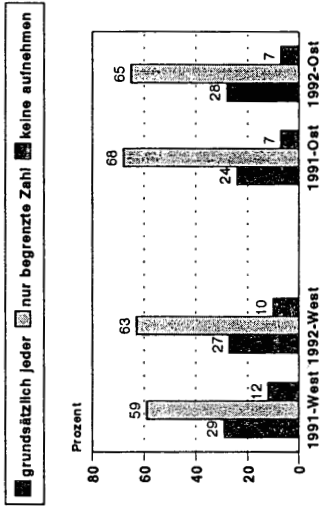
POS

### Einstellungen zum Verbleib abgelehnter Asylbewerber



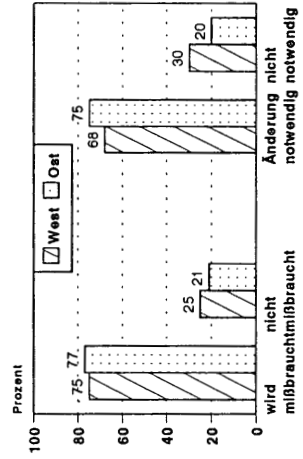
POS

### Einstellungen zur Aufnahme politisch Verfolgter



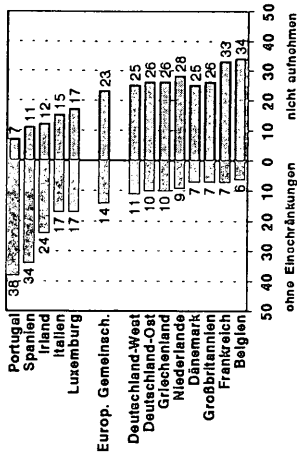
POS

### Mißbrauch des Asylrechts und Notwendigkeit einer Grundgesetzänderung 1992



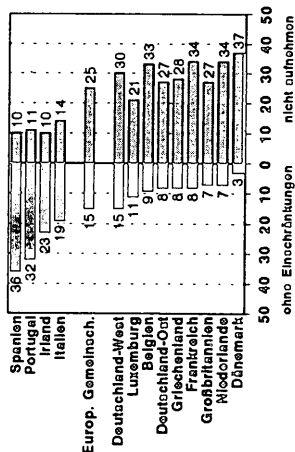
POS

### Aufnahme von Menschen aus Ländern des südlichen Mittelmeerraumes 1991



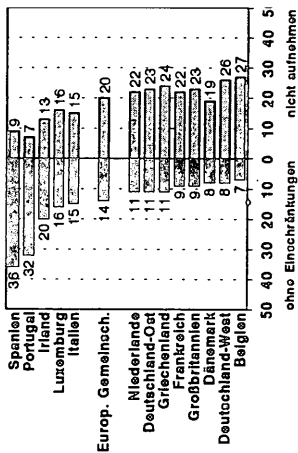
Eurobarometer Nr. 33

### Aufnahme von Menschen aus Ländern des südlichen Mittelmeerraumes 1992



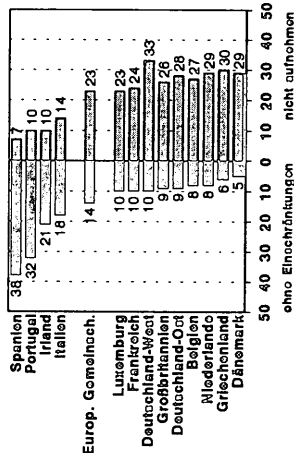
Eurobarometer Nr. 37

### Aufnahme von Menschen aus osteuropäischen Ländern 1991



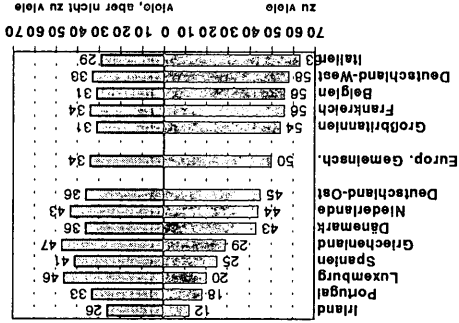
Eurobarometer Nr. 35

### Aufnahme von Menschen aus osteuropäischen Ländern 1992

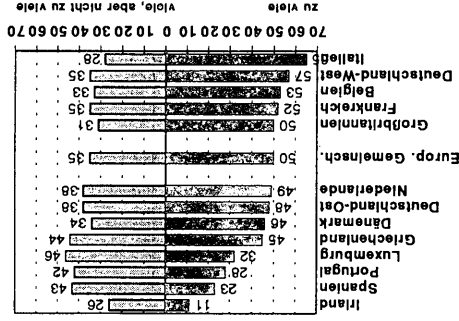


Eurobarometer Nr. 37

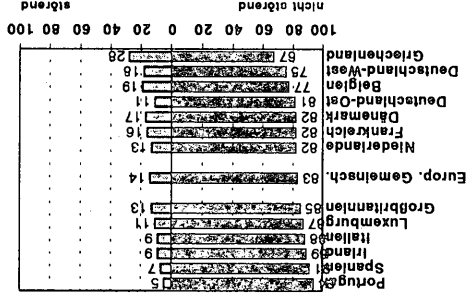
## Zahl der Nicht-EG-Ausländer 1991



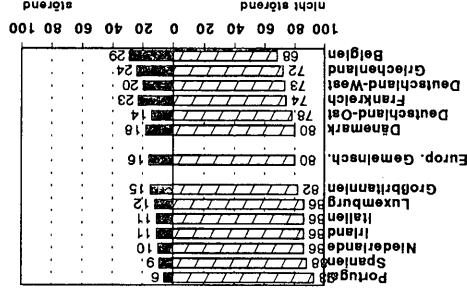
## Zahl der Nicht-EG-Ausländer 1992



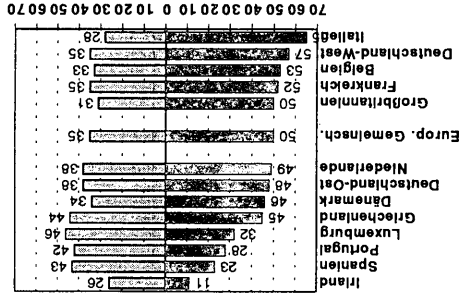
## Anwesenheit von Menschen anderer Nationalität 1992



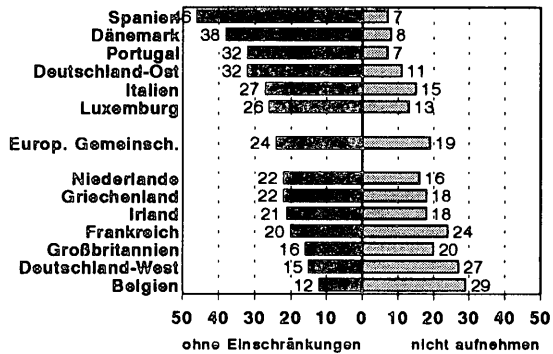
## Anwesenheit von Menschen anderer Rasse 1992



zu viele, aber nicht zu viele

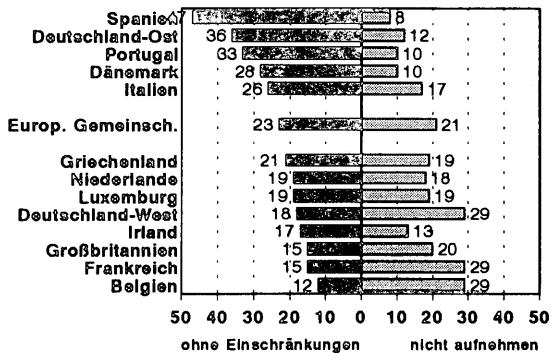


## Aufnahme von Menschen, die um politisches Asyl bitten 1991



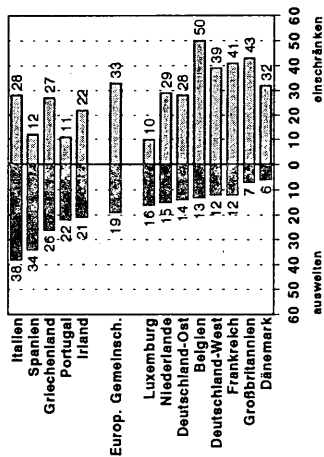
Eurobarometer Nr. 35

## Aufnahme von Menschen, die um politisches Asyl bitten 1992



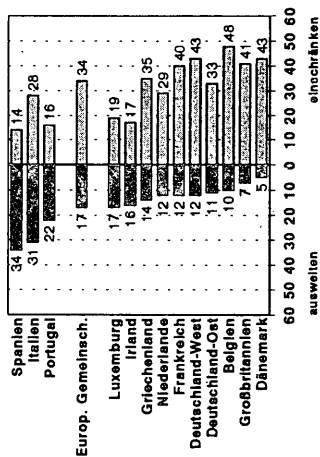
Eurobarometer Nr. 37

## Rechte von Nicht-EG-Ausländern 1991



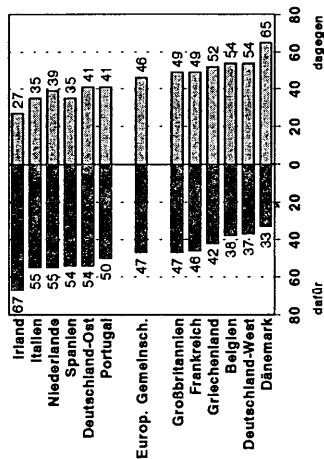
Eurobarometer Nr. 25

## Rechte von Nicht-EG-Ausländern 1992



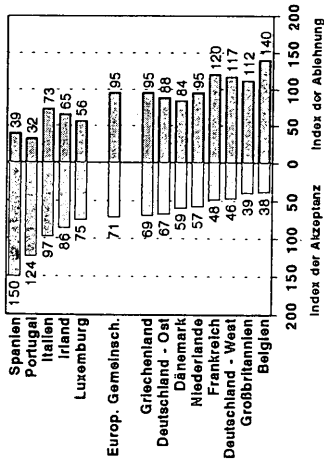
Eurobarometer Nr. 37

## Kommunalwahlrecht von Ausländern 1992



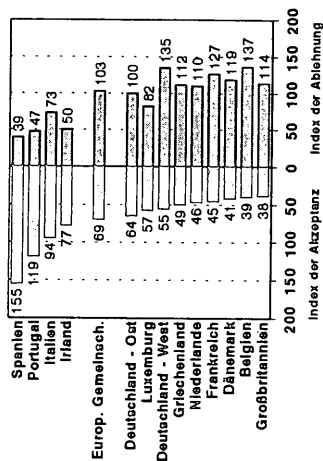
Eurobarometer Nr. 37

Indizes der Einstellung zu Fremden in Europa 1991



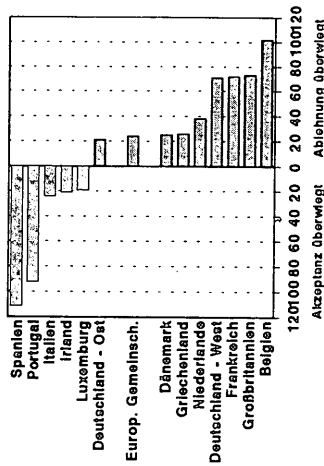
Eurobarometer Nr. 35

Indizes der Einstellung zu Fremden 1992



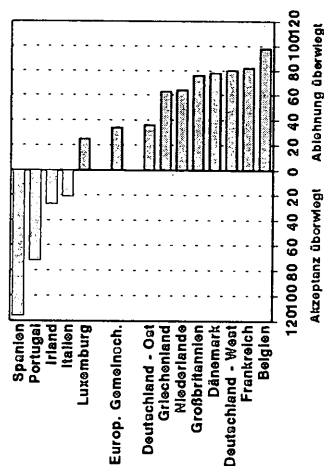
Eurobarometer Nr. 37

Einstellung zu Fremden in Europa 1991



Eurobarometer Nr. 35

Einstellung zu Fremden in Europa 1992



Eurobarometer Nr. 37